



Pressespiegel

Ausgabe: 11.03.2020



Schwarzarbeit: Mehr Kontrollen gefordert

Duisburg. Die IG BAU fordert die Einführung von speziellen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gegen Schwarzarbeit. Und die Gewerkschaft der Polizei forderte jetzt auf einer Fachtagung in Duisburg eine neue Zoll-Struktur für die effektive Bekämpfung der Schwarzarbeit.

*R.K./Bericht **NRW***

NRZ Mantel



Kampf gegen moderne Sklaverei

Auf einer Fachtagung mit dem Titel „Wider die moderne Sklaverei“ forderte die GdP-Zoll nicht nur mehr Personal für Kontrollen von Firmen, sondern auch eine Umstrukturierung der Zollorganisation

Von Rosali Kurtzbach
und Holger Dumke

An Rhein und Ruhr. Großangelegte Razzien bringen Publicity. Wie vor einigen Wochen, als 400 Beamte von Zollverwaltung, Bundespolizei und Steuerfahndung in mehreren NRW-Städten, darunter auch in Münster und Kleve, vietnamesische Nagelstudios und Wohnungen durchsucht haben. Vier Männer und zwei Frauen wurden festgenommen. Der Vorwurf: bandenmäßiger Menschenhandel. Mit Schleusern sollen sie etwa 50 Frauen und Männer aus Vietnam nach Deutschland geholt haben. Da weder Sozial- noch Krankenversicherungsbeiträge bezahlt wurden, entstand dem Fiskus ein geschätzter Schaden von 1,9 Millionen Euro.

Doch nicht immer gelingt dem Zoll der große Schlag gegen Schwarzarbeit, Arbeitszeit- oder Mindestlohnverstöße. „Im Hochbau wird man da nach unseren Erfahrungen auf neun von zehn Baustellen fündig“, klagt Antonia Kühn, Regionalleiterin der IG Bau, im Gespräch mit der NRZ. Das Problem: Der Zoll komme mit den notwendigen Kontrollen einfach nicht nach.



„Es kommt vor, dass wir Verstöße melden wollen, aber wissen: Bis die Kontrolleure ausrücken, ist die Baustelle abgeräumt.“

Antonia Kühn, Regionalleiterin IG Bau

Keine Frage des guten Willens, wie Kühn ausdrücklich betont: „Die Kollegen beim Zoll sind bemüht.“ Die Zahl der Kontrolleure reiche nur schlicht nicht aus. „Es kommt vor, dass wir als Gewerkschaft Verstöße melden wollen, aber da schon wissen: Bis die Kontrolleure ausrücken, ist die Baustelle längst abgeräumt“, erzählt Kühn.

Im Tiefbau sind Verstöße nach Einschätzung der Gewerkschaft nicht so verbreitet. „Da sind noch mehr regionale Unternehmen unterwegs.“ Im Hochbau indes gebe es enorm lange Subunternehmerketten. Oft würden Arbeitnehmer aus Osteuropa beschäftigt, etwa aus Rumänien oder der Ukraine. „Wir als Gewerkschaft wollen, dass die hier gut bezahlt und gut behandelt werden“, betont Kühn. Kontrollen seien dringend notwendig, um den Dumpingwettbewerb zwischen



Im November hatten die Behörden Nagelstudios kontrolliert – auch dieses hier in Münster.

FOTO: DPA

Unternehmen zu stoppen. Kühn wünscht auch spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die sich mit Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung befassen. Auch bei der Justiz fehle Personal.

Unzählige Doppelstrukturen

Doch das Personal alleine ist es nicht. Dies wurde auf der Fachtagung „Wider die moderne Sklaverei“ deutlich, zu der das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen mit dem Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach Duisburg eingeladen hatte. Der Wirtschaftssoziologe Gerhard Bosch forscht seit Jahren über die Finanzkontrolle Schwarzarbeit

und weiß: „In vielen Branchen wird nicht ausreichend kontrolliert, die Leute bekommen nicht den Mindestlohn, dem Staat gehen Einnahmen in Millionenhöhe verloren.“

Zuletzt hat die Politik der Finanzkontrolle Schwarzarbeit neue Stellen versprochen: Bis 2030 soll die Behörde auf bundesweit rund 11.700 Arbeitskräfte anwachsen. Doch schon heute sei jede vierte der 8300 Stellen unbesetzt.

Die Gewerkschaft der Polizei weist seit Jahren auf Fehlentwicklungen im Zoll hin, „die in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten zu spüren sind“, erklärt GdP-Zollchef Frank Buckenhofer. Es fehle an Personal sowie modernen Sachausrüstungen und IT. „Wenn sie in der Kneipe jemanden

mit einem Tastenmobiltelefon sehen, und es ist kein Rentner, dann ist es mit Sicherheit ein Zollfahnder“, sagt Buckenhofer. Mehrere Kollegen würden sich auf Dienststellen nicht selten zwei nicht webfähige Laptops teilen, „und damit sollen wir Täter im Darknet jagen.“

Die Situation „zermürbe“ hochmotivierte Kollegen. Diese versuchten durch Improvisation und gute Kontakte zu benachbarten Polizeibehörden die Mängel auszugleichen. Doch statt einer „vollkommen verschachtelten Patchworkorganisation mit unzähligen Doppelstrukturen brauchen wir eine schlagkräftige und einsatzstarke Finanzpolizei im Zoll. Die Kontrollen, Fahndungen und Ermittlungen, also die polizeilichen Aufgaben, müssen im Zollkriminalamt gebündelt werden“, fordert der GdP-Zollchef. Es mache keinen Sinn, „Personal rein zu pumpen, wenn man schlechte Strukturen hat.“

Bestätigt wird die Kritik vom Bundesrechnungshof. Er stellt nach Medienrecherchen in seinem jüngsten Bericht fest, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit illegale Beschäftigung „nicht effektiv bekämpfen kann.“ Hauptproblem sei die Zielvorgabe des Bundesfinanzministeriums: 55.000 Arbeitgeberprüfungen pro Jahr. Um die Vorgabe zu erfüllen, prüfe die FKS zum Teil oberflächlich und gezielt Unternehmen, bei denen das Risiko, Verstöße zu finden, gering ist. GdP-Zollchef Buckenhofer: „Quantität ist nicht gleich Qualität.“

151 Kontrollen im ersten Halbjahr 2019 in der Region

■ Bei seiner Forderung nach Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verwies der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, auf Zahlen des Bundesfinanzministeriums, die der Gewerkschaft vorliegen. Danach hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) allein auf dem Bau im ersten Halbjahr 2019 **bei bundesweit rund 6900 Kontrollen eine Schadenssumme von nahezu 214 Millionen Euro aufgedeckt**; im Bereich des

Hauptzollamtes Duisburg gab es im gleichen Zeitraum 151 Kontrollen. Und das bei insgesamt 1037 Firmen in Duisburg sowie den Kreisen Kleve und Wesel. Geschätzter aufgedeckter Schaden hier: rund 1,4 Millionen Euro.

■ Insgesamt führte die FKS **beim Hauptzollamt in Duisburg** im Jahr 2018 genau 1.720 Überprüfungen durch. Die ermittelte Schadenssumme lag bei 17,5 Millionen Euro. Die Gesamtzahlen für 2019 werden Anfang April veröffentlicht. NRZ